

Ako

13058

IV 6 tionsprogramm

DGB



**Industriegewerkschaft
Bau, Steine, Erden**

**Industriegewerkschaft Bergbau
und Energie**

**Industriegewerkschaft
Chemie, Papier, Keramik**

**Industriegewerkschaft
Druck und Papier**

**Gewerkschaft der Eisenbahner
Deutschlands**

**Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft**

**Gewerkschaft Gartenbau,
Land- und Forstwirtschaft**

**Gewerkschaft Handel, Banken
und Versicherungen**

Gewerkschaft Holz

Gewerkschaft Kunst

Gewerkschaft Leder

Industriegewerkschaft Metall

**Gewerkschaft Nahrung,
Genuß, Gaststätten**

**Gewerkschaft
Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr**

Deutsche Postgewerkschaft

**Gewerkschaft
Textil – Bekleidung**

Der Deutsche Gewerkschafts-
bund und seine
16 Gewerkschaften fordern:

Kürzere Arbeitszeit
Höhere Löhne und Gehälter
Bessere Vermögensverteilung
Längeren Urlaub und
Urlaubsgeld
Gesicherte Arbeitsplätze
Arbeit ohne Gefahr
Größere soziale Sicherheit
Mehr Mitbestimmung
Gleiche Bildungschancen
Bessere Berufsausbildung

Der Deutsche Gewerkschafts-
bund hat in den letzten
zehn Jahren große Erfolge
erzielt:

Arbeitszeiten von
fünfundvierzig Stunden und
weniger

Doppelt so hohe Einkommen
wie 1950

Urlaub von drei Wochen
und mehr

Zusätzliches Urlaubsgeld für
fünf Millionen

Verbesserte Renten-, Kranken-
und Unfallversicherung

Trotzdem entspricht der Anteil
der Arbeitnehmer am Sozial-
produkt, an der Vermögens-
bildung und den wirtschaft-
lichen Entscheidungen nicht
ihrer Bedeutung in einer
demokratischen Gesellschaft.
Noch haben sie die volle
gesellschaftliche Anerkennung
nicht erreicht. Ungleiche
Bildungschancen wirken sich
nachteilig auf Leben und
Beruf aus.

Gesellschaftlicher Wandel und
technischer Fortschritt schaffen
neue Möglichkeiten für ein
besseres Leben. Um sie zu
nutzen, hat der Deutsche
Gewerkschaftsbund 1963 ein
neues Grundsatzprogramm
beschlossen und jetzt sein
Aktionsprogramm neu gefaßt.

1. Kürzere Arbeitszeit



Der Achtstundentag und die 5-Tage-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich sind allgemein zu verwirklichen.

Auch bei Schichtarbeit dürfen Arbeitnehmer höchstens 8 Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich tätig sein.

Die freien Tage müssen aufeinander folgen und möglichst viele Sonntage arbeitsfrei bleiben.

Die Bestimmungen über Sonntagsarbeit sind zu verbessern.



2. Höhere Löhne und Gehälter

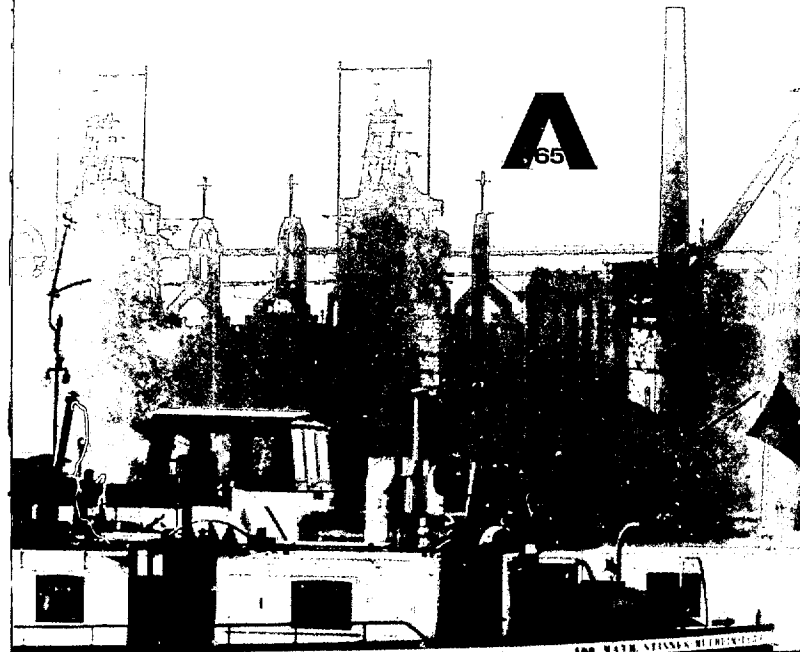
Der Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag der Wirtschaft muß erhöht werden, der Lebensstandard ihrer Familien steigen.

Männer und Frauen müssen auch im Arbeitsleben gleichberechtigt sein. Für gleichwertige Tätigkeit ist gleiches Arbeitsentgelt zu zahlen.

Betriebliche Sozialleistungen sind durch Tarifvertrag oder Gesetz zu sichern.

Alle Arbeitnehmer müssen ein 13. Monatseinkommen erhalten.

3. Bessere Vermögensverteilung



Die Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung ist zu beseitigen. Diesem Ziel muß die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik entsprechen.

Die Gewerkschaften werden ihre tarifpolitischen Möglichkeiten zur besseren Vermögensbildung nutzen.

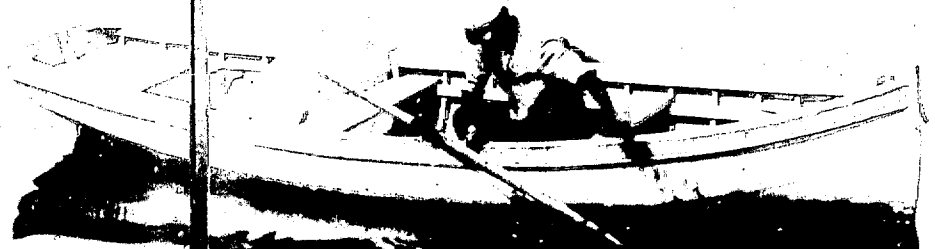


4. Längerer Urlaub und Urlaubsgeld

Ein jährlicher Erholungsurlaub
von mindestens vier Wochen
soll die Gesundheit sichern.

Arbeitnehmer unter 20 und über
35 Jahre brauchen 5 Wochen,
über 50 Jahre 6 Wochen Urlaub.

Allen muß ein zusätzliches
Urlaubsgeld gezahlt werden.



5. Gesicherte Arbeitsplätze



Rationalisierung und Automation sollen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dienen.

Wer seinen Arbeitsplatz verliert, muß eine andere angemessene Arbeitsmöglichkeit erhalten. Er hat Anspruch auf Hilfe, um sich in eine neue Tätigkeit einzuarbeiten.

Erworbene Ansprüche sind zu sichern, Lohn- und Gehalts-einbußen zu vermeiden.

Älteren Arbeitnehmern ist ein erweiterter Kündigungsschutz zu gewähren.

Betriebliche und überbetriebliche Pläne sind aufzustellen, um notwendige Anpassungsmaßnahmen zu treffen.

Alle Entscheidungen müssen gemeinsam mit den Betriebsräten, Personalräten und Gewerkschaften beschlossen werden.

Gesetzgeber und Regierung müssen nachteilige Folgen der Rationalisierung und Automation rechtzeitig abwenden.

Die Vollbeschäftigung ist zu sichern.

6. Arbeit ohne Gefahr

Die Sicherheit am Arbeitsplatz muß erhöht werden. Gesundheitsschutz und Unfallverhütung gehören zu den wichtigsten betrieblichen Aufgaben.

In Mittel- und Großbetrieben sind hauptamtliche Sicherheitsingenieure einzusetzen.

Durch Gesetz müssen die Betriebe verpflichtet werden, den werksärztlichen Dienst auszubauen.

Maschinen und Anlagen haben den Sicherheits- und Schutzvorschriften zu entsprechen.

Gewerbeaufsicht, Technischer Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaften und Arbeitsschutzgesetze sind weiter auszubauen.



7. Größere soziale Sicherheit



Jeder Arbeitnehmer hat Anspruch auf den Schutz der Sozialversicherung.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für mindestens 6 Wochen ist gesetzlich zu regeln.

Bei längerer Krankheit müssen Arbeiter und Angestellte durch Tarifvertrag vor Einkommensverlusten geschützt werden.

Die vorbeugende Gesundheitsfürsorge ist auszubauen. Der Mutterschutz ist zu erweitern.

Das Arbeitslosengeld soll mindestens zwei Drittel des letzten Arbeitseinkommens betragen.

Das gleiche gilt für Kurzarbeit.

Die Altersrente soll mindestens drei Viertel des erreichten Arbeitseinkommens betragen.

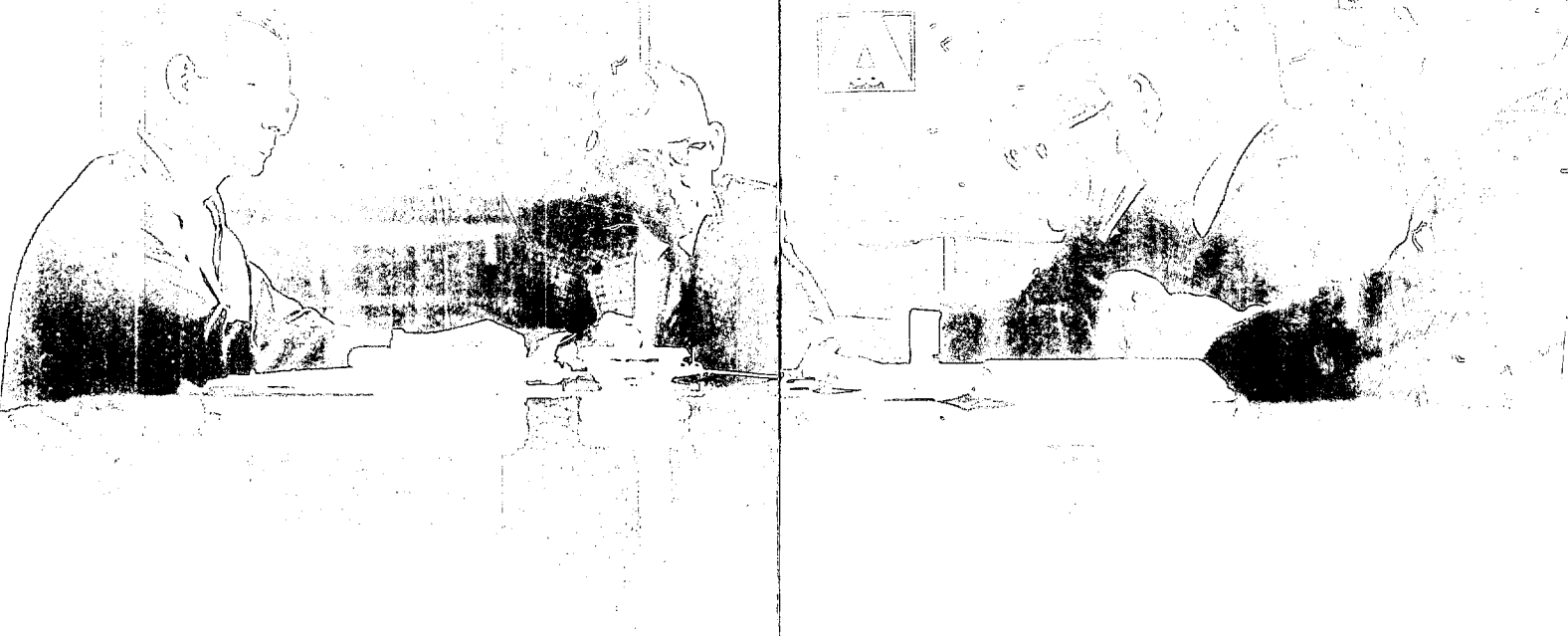
Die allgemeine Altersgrenze in der Rentenversicherung ist stufenweise auf 60 Jahre herabzusetzen.

Wer eine die Gesundheit gefährdende Tätigkeit ausübt oder wegen seines Alters keine angemessene Arbeit mehr findet, hat Anspruch auf vorzeitige Rente.

Der soziale Wohnungsbau muß stärker gefördert werden.

Ein besserer Mieterschutz ist unerlässlich.





8. Mehr Mitbestimmung

Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft muß die politische Demokratie ergänzen.

Betriebsräte und Personalräte müssen bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen mitbestimmen.

Die Rechte der Gewerkschaften in Betrieben und Verwaltungen sind zu erweitern.

Alle Großunternehmen müssen Arbeitsdirektoren und paritätisch besetzte Aufsichtsorgane erhalten.

In allen technisch selbständigen Werksgruppen und Betriebsabteilungen dieser Großunternehmen sind Beiräte und Direktorien zu bilden, die der Mitbestimmung entsprechen.

9. Gleiche Bildungschancen



In allen Bundesländern ist die Schulpflicht auf zehn Jahre auszudehnen.
Überall ist die vollausgebaute zehnklassige Schule einzurichten.

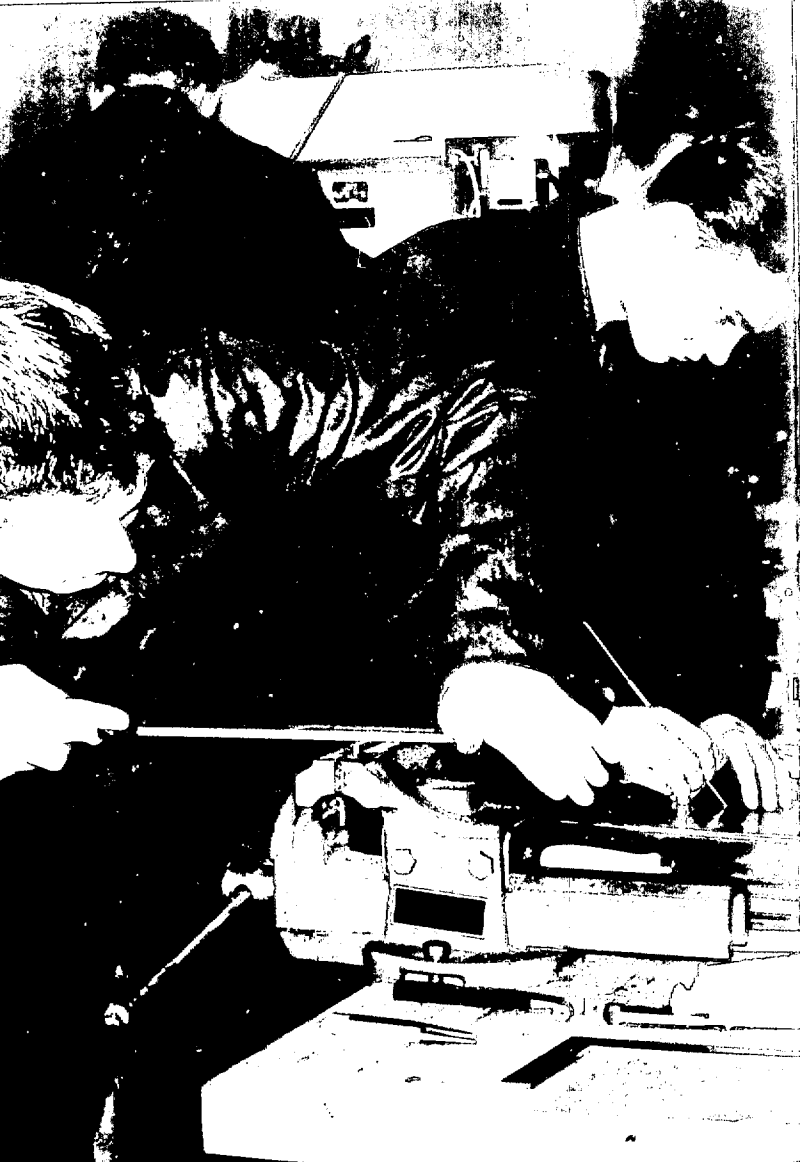
Lernmittel- und Schulgeldfreiheit ist allgemein einzuführen.

Das Hochschulstudium muß gebührenfrei sein und durch ausreichende Stipendien erleichtert werden.

Die Erwachsenenbildung ist stärker zu fördern.

Der zweite, berufsbezogene Bildungsweg ist auszubauen.

Ein zusätzlich bezahlter Bildungsurlaub ist einzuführen.



10. Bessere Berufsausbildung

Schon in der Schule muß der junge Mensch auf die Arbeitswelt vorbereitet werden. Die Berufsberatung ist zu modernisieren. Ein unabhängiges Berufsforschungsinstitut ist einzurichten.

Jeder soll eine breite Grundausbildung erhalten, die es ihm ermöglicht, sich der raschen technischen Entwicklung anzupassen.

Ein zweiter Berufsschultag ist überall einzuführen.

Ein Bundesgesetz muß die Berufsausbildung einheitlich regeln und verbessern. Die Mitbestimmung der Gewerkschaften bei der Berufsausbildung ist zu sichern.



Zur Sicherung des sozialen Fortschritts und zum Wohl der arbeitenden Menschen werden der DGB und die in ihm vereinten Gewerkschaften ihre ganze Kraft einsetzen. Alle Arbeitnehmer sind aufgerufen, sich den Gewerkschaften anzuschließen, um mitzuhelfen, die Forderungen dieses Aktionsprogramms zu verwirklichen.



Herausgeber:
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Gestaltung: acon, Köln
Fotos: acon, Chargesheimer, dpa

Deutscher Gewerkschaftsbund